

Nikolaus Werz, Susanne Gratius

SPANIEN

ANALYSE

POLITISCHER SYSTEME



WOCHEN
SCHAU
VERLAG

Nikolaus Werz,
Susanne Grätius

Spanien

ANALYSE

POLITISCHER SYSTEME



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Die Reihe ANALYSE POLITISCHER SYSTEME
wird herausgegeben von Sabine Achour, Hans-Jürgen Bieling,
Peter Massing, Stefan Schieren und Johannes Varwick
Band 6

© WOCHENSCHAU Verlag
Dr. Kurt Debus GmbH
Schwalbach/Ts. 2017

www.wochenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Titelbild: Madrid, Puerta del Sol,
© mauritius images / John Kellerman / Alamy
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier
ISBN 978-3-7344-0468-9 (Print)
ISBN 978-3-7344-0469-6 (E-Book)

Inhalt

Einleitung	7
1. Kleine Geschichte Spaniens bis in die Gegenwart	12
2. Verfassung	55
2.1 Souveränitätskonzept (Volks-, Parlaments- und Verfassungssouveränität)	58
2.2 Grund- und Bürgerrechte	60
2.3 Verfassungsprinzipien	60
2.4 Gewaltenteilung, Gewaltenverschränkung	60
3. Gerichtsbarkeit und Gesetzgebung	62
3.1 Funktionen	62
3.2 Verfahren – u. a. Plenum, Ausschüsse, Zwei-Kammer-Systeme	64
3.3 Volksgesetzgebung	69
4. Regierung und Verwaltung	70
4.1 Exekutive, Regierungsbildung, Kabinett	70
4.2 Die Monarchie	75
4.3 Verwaltung	82
4.4 Reformversuche	82
5. Parteiensystem, Parteien und Bewegungen	83
5.1 Parteiensystem	83
5.2 Wichtige Parteien und Gruppierungen	88
5.3 <i>Podemos</i> – von der außerparlamentarischen Bewegung zur Partei	106
5.4 Parteienfinanzierung und Korruption	115

6. Wahlen	123
6.1 Wahlrecht	124
6.2 Wahlen und Wählerverhalten	126
6.3 Wahlkreiseinteilung und Wahlorganisation	135
6.4 Wahlkämpfe vor allem am Beispiel der Jahre 2015 und 2016	136
7. Politische Kultur	158
7.1 Essayistische Abhandlungen	160
7.2 Empirische Untersuchungen	163
7.3 Medien	167
7.4 Intellektuelle	172
8. Die spanischen Regionen	175
8.1 Die Autonomen Gemeinschaften: eine Zwischenlösung?	176
8.2 Historische Wurzeln	180
8.3 Die katalanische Unabhängigkeitsbewegung	185
8.4 Separatismus und Autonomie im Baskenland ...	193
8.5 Kein Separatismus in Galizien	199
8.6 Bricht Spanien auseinander?	202
9. Justizsystem	203
9.1 Höchste Gerichtsbarkeit	205
9.2 Einfache Gerichtsbarkeit	206
9.3 Der Umgang mit der Vergangenheit	207
10. Verbände und Interessengruppen	211
10.1 Gewerkschaften	211
10.2 Sonstige Interessenverbände	213
10.3 Neue soziale Bewegungen, bürgergesellschaft- liche Gruppen, Rolle der Jugend	214
10.4 Polizei und Streitkräfte	218

11. Kirchen und Religionsgemeinschaften	222
11.1 Größe und regionale Verteilung der Religionsgemeinschaften	226
11.2 Rechtliche Stellung, politische und gesellschaftliche Bedeutung	227
12. Sozialstruktur	228
13. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung	238
13.1 Zyklische Wirtschaftsentwicklung seit 1976	241
13.2 Die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008	249
13.3 Sozialentwicklung und Strukturprobleme	254
13.4 Die wirtschaftliche und soziale Reformdebatte	262
14. Spanien in der Welt	265
14.1 Etappen der Außenpolitik	267
14.2 Schwerpunkt Europa	275
14.3 Lateinamerika als Teil der Innen- und Außenpolitik	283
14.4 Außen- und Sicherheitspolitik in Nordafrika und im Mittelmeerraum	288
14.5 Keine strategische Beziehung zu den USA	294
14.6 Neue Partnerschaften und Märkte: China und Asien	296
14.7 Mehr Innen- als Außenpolitik	297
15. Ausblick: Vor einer zweiten Transition?	299
Literatur	306
Abkürzungsverzeichnis	317
Danksagung	318

Einleitung

Die Jahre zwischen 1975 und 2007 gelten als die Erfolgsgeschichte Spaniens. Der Beginn des 20. Jhs. stand noch unter dem Verlust der letzten Kolonien 1898, die 1873 ausgerufenen Erste Republik war von kurzer Dauer, die 1931 proklamierte Zweite Republik endete in einem Bürgerkrieg und die lange Diktatur Francisco Francos isolierte das Land zwischen 1939 bis 1975 von Europa. Auf seinen Tod im Jahre 1975 folgten Demokratisierung und Europäisierung.

Bis zur Finanzkrise ab 2007 galten Spanien und die seit 1978 bestehende parlamentarische Monarchie sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht als Modell. Den meisten Darstellungen zum politischen System liegt diese insgesamt sehr positive Sichtweise zu Grunde. Die folgende Einführung berücksichtigt gerade die krisenhaften Aspekte, die im Zuge der weltweiten Finanzkrise in Spanien auftraten.

Sowohl die Geschichte, die zeitgenössische Entwicklung als auch das politische System Spaniens sind national und international gut erforscht. Eine Reihe von Büchern beschäftigt sich mit der Rolle Spaniens im 20. Jh., als Überblick mit Periodisierung in vier Abschnitte (1898-1923; 1923-1939; 1939-1975; 1975-2000, siehe Bernecker 2010). Bei der in der Antike beginnenden „Geschichte Spaniens“ (Schmidt u. a. 2013) dominiert stärker die Chronologie, sie enthält Karten, jeweils einen Epochenüberblick und weiterführende bibliografische Angaben. Spaniens neuere Geschichte seit 1975 wird zumindest bis zum Beginn der Finanzkrise 2007 als *success story* geschildert. Folgen wir einer solchen Interpretation, dann setzte sich in der zweiten Hälfte des 20. Jhs. schrittweise die zuvor verzögerte und lange erwartete Modernität durch (Romero Salvadó 1999). Zum Ausgang des 20. Jhs. ließe sich die nationale Geschichte mit den Stichwörtern Demokratisierung, Modernisierung und Europäisierung beschreiben (so

Bernecker 2010). Einzelne Autoren sehen allgemein die Gefahr einer Überbewertung der Geschichte Kastiliens und warnen vor der Vorstellung von einer „verspäteten Nation“ (statt anderer Freller 2012: 9).

Immerhin zeichnete sich Spanien durch eine frühe Staatenbildung aus und war im 16. Jh. ein Weltreich. Den Verlust der Kolonien seit Anfang des 19. Jhs. sowie den nach 1898 mit besonderer Hingabe debattierten spanischen Niedergang haben etliche Historiker und Denker im In- und Ausland behandelt. Für die politische Linke in vielen Ländern waren der spanische Bürgerkrieg 1936-39 und seine Konsequenzen ein großes und immer wieder diskutiertes Thema. Internationales Interesse rief die mit dem Tod Francos 1975 einsetzende *transición* (Transition) hervor, d. h. der weitgehend friedliche und paktierte Übergang von der Diktatur zur parlamentarischen Monarchie.

Die Zahl der zur Transition in verschiedenen Sprachen erschienenen Bücher liegt weit über der zu anderen Ländern, die ebenfalls einen Übergang zur Demokratie durchlaufen haben, z. B. Griechenland und Portugal. Mitausschlaggebend dürfte dabei die besondere Geschichte Spaniens im 20. Jh. sein – mit dem Bürgerkrieg und der langen Diktatur Francos – sowie die Empathie gegenüber dem Land von Seiten ausländischer Forscher und Besucher. Wohl das auffallendste Merkmal der Transitionsliteratur war, dass der Übergang zur Demokratie lange Zeit nicht nur als ein gelungener Prozess, sondern auch als weitgehend problemloser Wandel in der Verfassungs- und Institutionenbildung galt.

Ein detaillierterer Bericht zum Forschungsstand und zu der in diesem Buch verwendeten Literatur findet sich auf: <http://www.ipv.uni-rostock.de/lehrstuehle-und-personal/vergleichende-regierungslehre/nikolauswerz/publikationen/>

Tab. 1: Schlüsseldaten Spaniens¹

Jahr	Ereignis
1808	Einmarsch Napoleons in Spanien
1808-14	Unabhängigkeitskrieg; 1812 Liberale Verfassung von Cádiz (<i>Cortes de Cádiz</i>)
1816-25	Unabhängigkeit der spanischen Kolonien in Amerika (Ausnahme: Kuba, Puerto Rico, Philippinen)
1834	Neue Verfassung (<i>Estatuto Real</i>)
1845	Neue Verfassung
1873	Die Abgeordneten der Cortes rufen die kurzlebige Erste Republik aus
1875-1923	Restaurationsära
1876	Neue Verfassung (konstitutionelle Erbmonarchie, Zweikammersystem, königliches Vetorecht)
1879	Gründung der Sozialistischen Partei (PSOE)
1898	Krieg mit den USA, Verlust der letzten Kolonien Kuba, Puerto Rico und der Philippinen, „Generation von 1898“
1923-30	Diktatur Primo de Riveras
1931-36	Zweite Republik
1936-39	Spanischer Bürgerkrieg , der mit dem Sieg der Truppen Francos endet
1939-1975	Franco-Ära
1966	Neues Pressegesetz erlaubt eine gewisse Liberalisierung
1969	Juan Carlos als <i>Príncipe de España</i> zum Nachfolger Francos bestimmt
1973	Regierungschef Luis Carrero Blanco wird von der ETA ermordet
1974	Im Juli gibt Franco aufgrund einer Erkrankung die Regierung vorübergehend an Prinz Juan Carlos ab
1975-2006	Demokratisierung und Europäisierung
1975	Am 20.11. gibt Arias Navarro den Tod Francos bekannt; Juan Carlos wird König von Spanien
1976	Adolfo Suárez wird Regierungschef; die linksliberale Tageszeitung „El País“ erscheint
1977	Am 15.6. werden demokratische Wahlen durchgeführt, die die <i>Unión de Centro Democrático</i> (UCD) für sich entscheiden kann, sog. <i>Pactos de Moncloa</i> , d. h. Pakte zwischen Regierung, Arbeitgebern und den Gewerkschaften

1 Bernecker, u. a. 1990, S. 450 ff., Bernecker 2010, Schmidt 2013 und eigene Ergänzungen.

Jahr	Ereignis
31.10.1978	Verabschiedung der Verfassung (Dritte Demokratie/parlamentarische Monarchie)
6.12.1978	Referendum über die Annahme der Verfassung
1981	Calvo Sotelo (UCD) wird Regierungschef; Leutnant Antonio Tejero scheitert mit einem Putschversuch
1982	Beitritt Spaniens zur NATO; Felipe González (PSOE) gewählt, mit ihm wird ein Repräsentant der im Bürgerkrieg unterlegenen Gruppierung Regierungschef
1986	Vollmitgliedschaft Spaniens in der EG – EU-Beitritt; NATO-Referendum und Verbleib in der NATO; Bestätigung von González bei Parlamentswahlen
1989	Bei vorgezogenen Neuwahlen verliert die PSOE die absolute Mehrheit
1991	Beitritt Spaniens zum Schengener Abkommen
1992	Olympische Spiele in Barcelona; Madrid ist Kulturhauptstadt; EXPO in Sevilla; 500. Jahrestag der Entdeckung/Eroberung Amerikas
1996	<i>Partido Popular</i> (PP) gewinnt die Wahlen, José María Aznar wird Ministerpräsident
1997	Erfüllung der Maastrichter Konvergenzkriterien; Beitritt zur militärischen Struktur der NATO
1999	Beschluss über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht zugunsten einer Berufsmarine; Ernennung Javier Solanas zum Ersten Repräsentanten für die Europäische Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)
2000	Zweiter Wahlsieg von Aznar, die PP erreicht mit 44,5% die absolute Mehrheit der Parlamentssitze
2002	Übernahme des EU-Vorsitzes durch Spanien
2003	Unterstützung der Irak-Politik der USA; Proteste gegen die Irak-Politik der PP-Regierung; Krisengipfel auf den Azoren zwischen US-Präsident Bush, dem britischen Premier Blair und Ministerpräsident Aznar
2004	Terroristische Anschläge auf Madrider Vorortzüge am 11.3. (11-M) mit 191 Toten, sie haben aufgrund der Schuldzuweisung von Ministerpräsident Aznar an die ETA Auswirkungen auf die Wahlen: José Luis Rodríguez Zapatero (PSOE) wird Ministerpräsident
2007 ff.	Finanzkrise und ihre Folgen
2007	Gesetz zur historischen Erinnerung
2008	Ende des Baubooms, Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise
2010	Die spanische Nationalmannschaft wird Fußballweltmeister
2009	Beginn der Ermittlungen im Fall „Gürtel“, besonders gegen PP 

Jahr	Ereignis
2011	Protestbewegung der „Empörten“ (15-M) für eine Verbesserung der Politik und gegen Korruption
2011	Mariano Rajoy (PP) gewinnt mit absoluter Mehrheit die vorgezogenen Wahlen
2012	Am Nationalfeiertag Kataloniens (11.9.) kommt es zu einer Demonstration von über 1 Mio. Menschen, die die Bildung eines eigenen Staates in Europa fordern
2013	Parteispenden- und Korruptionsaffäre der PP
2014	Bei den Europawahlen am 25.5. müssen PP und PSOE starke Einbußen hinnehmen, <i>Podemos</i> taucht als dritte Kraft auf
2014	König Juan Carlos dankt ab, am 19.6. wird Felipe VI zum König ernannt
2014	Im Oktober werden rund 50 (Lokal-)Politiker aufgrund von Korruptionsvorwürfen inhaftiert
2014	Am 9.11. findet in Katalonien eine nicht genehmigte Abstimmung über die Unabhängigkeit statt
2015	27.9. vorgezogene Regionalwahlen in Katalonien
2015	20.12. nationale Wahlen, Ende des bisherigen Zweiparteiensystems, langwierige Koalitionsverhandlungen
2016	3.5. das Parlament wird aufgelöst, da keine Koalition zustande kommt
2016	26.6. Neuwahlen
2016	29.10. nach Enthaltung der meisten PSOE-Abgeordneten wird Rajoy im Kongress nach zehn Monaten geschäftsführender Regierung zum Chef einer Minderheitsregierung gewählt

1. Kleine Geschichte Spaniens bis in die Gegenwart

Die große Vergangenheit spielt im Bewusstsein des Landes nach wie vor eine Rolle. Spanien ist einer der ältesten Staaten Europas, der amtierende Regierungschef spricht sogar von der ältesten Nation, bis in die 1830er Jahre waren die Verhältnisse relativ stabil. Allerdings war es keine „gewachsene Einheitsnation“, sondern präsentierte sich vielmehr als ein Konglomerat von Nationalitäten (Schmidt 2013: 11 ff.), was im Mittelalter in verschiedenen Königreichen zum Ausdruck kam. Mit der napoleonischen Invasion 1807 begann das Imperium auseinanderzufallen, das Kolonialreich ging sukzessive verloren. Diese Tendenz zur Fragmentierung zeigt sich erneut im 21. Jh. und in der Aktualität, weshalb auch von den Spanien (*Las Españas*) die Rede ist.

Interessant bleibt die Frage, wo die kulturellen Wurzeln und Traditionslinien liegen. Stark vereinfachend lassen sich zwei Interpretationen ausmachen: Nach einer traditionalistischen bzw. kontinuistischen These bildeten die christlich-römische Spätantike und das Westgotentum die Grundlage Spaniens, woran die fast achthundert Jahre andauernde islamische Besetzung nichts geändert habe. Eine eher kulturhistorische Sichtweise hebt die Koexistenz dreier Religionen – Christentum, Islam und Judentum – hervor. Unter den sogenannten katholischen Königen wurde diese Konstellation 1492 durch die Einnahme des letzten Emirats Granada beendet, was die Vollendung der *Reconquista* (Rückeroberung) bedeutete und zu einem ein Edikt vom 31. März desselben Jahres zugunsten des Christentums führte.

Zeitlich fiel dies mit der Entdeckung Amerikas durch Kolumbus zusammen. Welche Bedeutung dieses Datum einnahm, zeigt sich darin, dass die Entdeckung/Eroberung Amerikas am 12. Oktober 1492 bis 1987 als *día de la hispanidad* (Tag der

Hispanität) bezeichnet wurde und nach wie vor Nationalfeiertag ist. Bezeichnenderweise erschien im gleichen Jahr die *Gramática de la lengua castellana* von Antonio de Nebrija (1441-1522), es war die erste gedruckte Grammatik einer nicht-klassischen romanischen Sprache. Nebrija forderte eine Ausbreitung des Kastilischen über die Grenzen Spanien hinaus.

Vom Goldenen Jahrhundert zu Inquisition und Antimoderne

Das 16. Jahrhundert gilt als Glanzepoche der spanisch-habsburgischen Monarchie, unter Karl V. (1516-56) konsolidierte sich die spanische Hegemonie in Europa. In kultureller Hinsicht folgte das *Siglo de Oro* (Goldene Jahrhundert) von 1550 bis 1680 mit Schriftstellern wie Miguel de Cervantes (1547-1616) und Lope de Vega (1562-1635) sowie Malern wie El Greco (um 1541-1614) und Diego Velázquez (1599-1660), um nur die bekanntesten zu nennen. Hinzu kamen wichtige Bauten wie *El Escorial* in der Nähe von Madrid, den Philipp II. zur Erinnerung an die Schlacht von Sant-Quentin 1557 erbauen ließ, die gegen Frankreich geführt wurde. Um 1600 hatte Spanien schon 32 Universitäten, diese Zahl wurde erst wieder Ende des 20. Jhs. erreicht. Den Zeitgenossen war diese Blütezeit nicht so bewusst, im *Don Quijote* ist sogar von einer *Edad del Hierro* (einem Eisernen Zeitalter) mit bedrückenden sozialen Verhältnissen die Rede (dazu Karge 2016).

Bis 1700 spricht man von einem imperialen Zeitalter, obwohl die Zeichen eines Niederganges bereits sichtbar waren (Sotelo 2006). „Die Spanier wollten zu viel“, soll Friedrich Nietzsche geäußert haben, schon im 16. Jh. stand das Land dreimal vor dem Staatsbankrott (Herzog 1987: 43 f.). Die Hofkultur und der ostentative Luxus waren außerordentlich teuer und nahmen einen erheblichen Teil der Gold- und Silberschätze aus Amerika in Anspruch. In seinem berühmten Handorakel schrieb der Jesuitenpater Baltasar Gracián (1601-58): „Es gibt prunkende Nationen, und die spanische ist es im höchsten Grad“ (Gracián 2013: 156). Die hohen Einnahmen aus Amerika führten zu

Verzerrungseffekten in der Wirtschaft und zur Inflation. Mit der formalen Unabhängigkeit der später als Lateinamerika bezeichneten Vizekönigreiche in Süd- und Mittelamerika ging Anfang des 19. Jhs. ein großer Teil der überseeischen Kolonien verloren. In gewisser Hinsicht hatte der von außen kommende Reichtum das Land also arm gemacht.

Dazu trug ebenfalls die Inquisition bei. Der Einfluss der katholischen Kirche war enorm und prägte auch die Kunst und Literatur. 1478 wurde die Inquisition in Kastilien eingeführt, 1483 wurde Tomás de Torquemada (1420-98) Generalinquisitor. Er baute einen Verwaltungsapparat auf und legte damit die Grundlage für die Inquisition (von *inquisitio*=Untersuchung), d. h. die Verfolgung von Häretikern. Auch weil sie quasi in staatlicher Hand lag, geriet Spanien zum Inbegriff von Rückständigkeit und Antimoderne in Europa. Schon 1492 wurde die Ausweisung der Juden beschlossen, mehr als 100 000 verließen daraufhin die Halbinsel. In Sevilla und Aragon ließ er Glaubensgerichte (*Autodafés*) durchführen. Philipp III. ließ 1609 die Morisken ausweisen. Die Einheit von Staat und Kirche dominierte.

Dennoch war die Entwicklung widersprüchlich. Den großen Malern des *Siglo de Oro* gelang es teilweise sich dem Einfluss der Inquisition zu entziehen, vor allem wenn sie den Status eines Hofmalers erlangt hatten. Für die Entwicklung der Geistes- und Naturwissenschaften waren ihre Auswirkungen indessen fatal. Die Wirkungskraft der Universitäten und Bibliotheken sah sich durch die kirchliche Kontrolle begrenzt, dies galt auch für das Geistesleben in den überseeischen Gebieten. In wohlmeinenden Darstellungen wird darauf hingewiesen, dass die Instrumente der Inquisition vor allem im spanischen Amerika nur teilweise zur Anwendung kamen, aber in jedem Fall beeinträchtigten sie das freie Denken in hohem Maße.

Widersprüchlich war auch die politische Entwicklung. So wurde das erste spanische Parlament von König Alfonso von León 1188 einberufen, d. h. vor anderen europäischen Parlamenten, aber es blieb ohne Einfluss. Ähnliches gilt für Kunst und Literatur. Die

(höfische) Malerei erlangte internationale Bedeutung und besaß etwa bei Goya sehr moderne Züge, so wie der Don Quijote als Vorläufer des modernen Romans gilt. Dennoch konstituierte sich Spanien in Europa als Zentrum der Gegenaufklärung.

Das 19. Jahrhundert

Bis in die 1870er Jahre war Spanien durch einen Konflikt zwischen zwei dem Liberalismus zugerechneten Strömungen gekennzeichnet, von denen die eine als konservativ, die andere als demokratisch angesehen wurde. Im letzten Drittel des Jahrhunderts kamen Parteien und Bewegungen auf, die die Interessen der Arbeiter- und Bauernschaft vertraten. Hierbei sollte vor allem der Anarchismus eine Rolle spielen. Gleichzeitig entstanden vor allem in Katalonien und dem Baskenland nationalistische und bürgerlich-konservative Parteien.

Als Folge der Herrschaft der Bourbonen im 18. Jh. erfolgte eine gewisse Annäherung an Frankreich. Napoleon entsandte 1808 Truppen nach Spanien und setzte seinen Bruder Joseph als José I. von 1806 bis 1814 auf den Thron, was in Madrid zu Protesten führte; nach wie vor wird der 2. Mai in der Hauptstadt als Tag des Volksaufstandes gegen die Besetzer aus Frankreich gefeiert. Ein berühmtes Bild des Malers Goya über die Exekutionen vom 3. Mai 1808 in Madrid hängt im Prado-Museum. Die während des Aufruhrs gegründeten *Juntas* (Räte) bildeten erste Ansätze einer demokratischen Regierungsform. Erhebliche Bedeutung erlangte 1812 die *Junta Central* in Cádiz, die die erste schriftlich niedergelegte und liberale Verfassung verabschiedete, die im späteren Lateinamerika starkes Interesse hervorrief. Am 19. März verkündet, in Spanien der Feiertag des heiligen Joseph (*Pepe*), wurde die Verfassung auch *La Pepa* genannt.

Fernando VII., der zwischenzeitlich von Napoleon in Frankreich gefangen gehalten wurde, kehrte nach dem Ende des Unabhängigkeitskrieges 1814 als König zurück, setzte die liberale Verfassung außer Kraft und regierte diktatorisch. Nach seinem Tod 1833 wurde seine Tochter Isabella inthronisiert; er selbst, der

zunächst jubelnd empfangen wurde (*el deseado*), gilt mittlerweile als einer der schlechtesten Könige des Landes. In der Folgezeit bildeten sich zwei verfeindete Lager, die konservativen *Carlistas* und die liberalen *Isabelinos*. Zwischen 1833 und 1939 erlebte Spanien insgesamt vier Bürgerkriege.

Die tatsächliche Wahrnehmung des Verlustes der als Vizekönigreiche bezeichneten überseeischen Gebiete in Amerika dauerte bis 1898, als Spanien mit Kuba, Puerto Rico und den Philippinen die letzten Kolonien verlor. Spanien hat sein Reich zu einem Zeitpunkt eingebüßt, als andere Staaten gerade erst begannen, Kolonialgebiete zu erobern. Der Aufbau eines modernen Landes stellt sich insofern als ein langer Prozess dar, der schon im 18. Jh. einsetzte, aber aufgrund der Stärke beharrender Kräfte wie der katholischen Kirche und der Schwäche des Liberalismus zahlreiche Rückschläge erlebte.

Zwischen 1808 und 1840 geriet Spanien in eine Krise. Dazu trugen die französische Besetzung und die Unabhängigkeitsbewegungen im späteren Lateinamerika, interne Konflikte sowie die Karlistenkriege bei. Fernandos Bruder Carlos reklamierte damals den Thron für sich selbst und wollte die Thronfolge von Fernandos Tochter Isabella nicht akzeptieren. Darüber wurden im 19. Jh. die sog. Karlistenkriege geführt, die sich gegen den Aufbau eines modernen und liberalen Staates richteten. Im Ergebnis kam es zu einem Staatszerfall sowie einer wachsenden Bedeutung der Generäle, deren Zahl kontinuierlich zunahm.

In der zweiten Hälfte des 19. Jhs. ging es daher um einen Wiederaufbau des Staates, die Durchsetzung liberaler Reformen und eine politische Stabilisierung (Fusi 2012: 187). Auch wenn das Militär meist nicht selbst regierte, entstand doch eine Tradition der *pronunciamientos* (Staatsstriche) und ein militärisch besetztes Denken, die im 20. Jh. in den folgenreichen Staatsstreichern der Generäle Primo de Rivera 1923 und Francisco Franco 1936 zum Ausdruck kommen sollte.

In diesem Kontext war die Erste Republik von 1873 nur von kurzer Dauer. Innerhalb eines Jahres regierten vier Präsidenten,

ein Staatsstreich beendete die Erste Republik und leitete eine Restauration der Bourbonenmonarchie ein. Daneben wirkte die katholische Kirche als konservative Kraft, die liberale Reformen und eine neue geistige Strömung namens *Krausismo* mit Misstrauen beobachtete.

Die Bezeichnung *Krausismo* geht auf den deutschen Philosophen Karl Christian Friedrich Krause (1781-1832) zurück, der im eigenen Lande nahezu völlig in Vergessenheit geriet und selber nie in Spanien war, auch wenn er dort und in Argentinien eine enorme Wirkung entfaltete. Für einzelne Autoren bleibt die große Wirkung des „mittelmäßigen Philosophen“ rätselhaft und obskur (Adomeit 1993: 11; Goytisolo 1982: 150). Er verfasste eine „Wesenslehre“, vertrat ein humanistisches Denken und betonte die Bedeutung der Erziehung. Seine Ideen, vor allem der Gedanke einer aufgeklärten Religiosität, wurden von dem Juristen Julián Sanz del Río aufgenommen und popularisiert.

Nach dessen Tod übernahm der Jurist Francisco Giner de los Ríos (1839-1915) die Propagierung dieser idealistischen Vorstellungen. Aus dem *Krausismo* entwickelte sich eine pädagogische Reformbewegung, die im kulturellen Bereich das sog. Silberne Zeitalter, *la Edad de Plata*, in der spanischen Geistesgeschichte einläutete, welches erst mit dem Bürgerkrieg 1939 endete. Allerdings reichte die politische Reformphase zunächst nur bis 1874, für den Zeitraum bis 1923 wird von einem Restaurationsregime gesprochen, gekennzeichnet durch die „Oligarchie und den Kaziquismus“ (nach Fusi 2012: 201). Gegen die erneute Restauration gründete Giner in Madrid 1876 die *Institución Libre de Enseñanza*, das einflussreiche Freie Institut für Erziehung, das sich für die Förderung der Bildung und der Lehrer einsetzte. In Madrid gibt es nach wie vor zwei Schulen, die seinen Namen tragen und die u. a. die deutsche Sprache vermitteln. Die 1906 gegründete *Junta para Ampliación de Estudios* (JAE) ist ebenfalls in der Tradition des *Krausismo* zu sehen. Etliche Schriftsteller der einflussreichen „Generation von 98“ waren vom *Krausismo* beeinflusst.

Die Bezeichnung Generation von 98, die auf das sog. *año del desastre* (Jahr der Katastrophe) Bezug nimmt, hat sich erst rückwirkend eingebürgert. „Mehr ist in Kuba verloren gegangen“, heißt es heute noch bei Unglücksfällen. Nach dem Verlust der letzten Kolonien Kuba, Philippinen und Puerto Rico 1898 setzte eine Debatte über die Gründe für Aufschwung und Niedergang Spaniens ein. Die daran beteiligten Schriftsteller machten die Rückständigkeit des Landes, die vormodernen Verhältnisse und – teilweise – die Rolle der Kirche für die Niederlage verantwortlich. „Europa endet an den Pyrenäen“, hieß es fatalistisch bei Miguel de Unamuno (1864-1936), der in einem seiner bekanntesten Bücher ein „tragisches Lebensgefühl“ postulierte.

Die Generation von 98 wird als eine Regenerationsbewegung (*regeneracionismo*) gesehen. Solche Erneuerungsbewegungen haben in Spanien eine gewisse Tradition und tauchen in periodischen Abständen wieder auf oder werden zumindest eingefordert. Auch im Wahlkampf 2015 waren Ansätze dazu erkennbar. Von den Autoren, die einer solchen Strömung angehören und eine Bedeutung für Politik und Ideengeschichte entfalteten, seien hier zwei erwähnt, zumal ihnen in ihrer Analyse eine gewisse Aktualität nicht abzusprechen ist:

Als Jurist und Philosoph wirkte Gumersindo de Azcárate (1840-1917), der sich in seinen Schriften u. a. mit dem Parlamentarismus in Spanien auseinandersetzte. Er konstatierte eine Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis, argumentierte gegen Amoralität in der Politik sowie die *empleomanía*, d. h. eine Neigung der Politiker, Familienangehörige und Freunde mit Posten zu versorgen. Die öffentliche Verwaltung leide unter „Zentralisierung, Bürokratie, Vetternwirtschaft, Ausgabenfreude und Kazikentum, die von allen Parteien in der Opposition gegeißelt würden, ohne, einmal an der Macht, ein adäquates Gegenmittel zu finden“ (Azcárate 1931: 115). Besonders kritisierte er den „*caciquismo*: diesen neuen Feudalismus, hundert Mal abstoßender als die Krieger des Mittelalters und mit dessen Tarnung sich unter dem Mäntelchen einer repräsentativen Regierung eine Oligarchie

verberge ... wobei die Kaziken quasi mit den Regierungen die Wahlen organisieren, denn sie sind auf die Abgeordneten des jeweiligen Distriktes angewiesen“ (ebd. 116). Für Azcárate lagen die Schwächen von Parlamentarismus und Demokratie im spanischen Kontext in den Verhaltensweisen, was er mit Beispielen unterlegte. Werfe man einer Person im öffentlichen Raum vor, sie sei ein Spitzbube, müsse mit heftigen Reaktionen gerechnet werden. Setze man aber hinzu „ein politischer Spitzbube“, dann würde sich der so Benannte schnell beruhigen: „ein politischer Spitzbube, dass ist ganz was anderes ...“ (ebd. 187).

Ähnliche Gedanken vertrat Joaquín Costa (1846-1911), ebenfalls Jurist, in seinen wirtschafts- und agrarpolitischen Schriften. In einer bei ihrer Präsentation im Ateneo de Madrid 1901 heftig diskutierten Schrift „Oligarchie und Kazikentum als aktuelle Regierungsform in Spanien“ hielt er fest: „Jede Region und Provinz wird von einem Unverantwortlichen, sei er Abgeordneter oder nicht, als Kazike beherrscht, ohne dessen Zutun sich kein Blatt Papier bewegt, keine amtliche Entscheidung fällt, kein Richter ernannt wird ...“ (Costa 1982: 47), Spanien werde de facto von einer informellen Oligarchie der Kaziken regiert (Engels 2014: 285). Deshalb reiche der Ruf „Es lebe die Freiheit“ nicht aus, ein „Nieder mit dem Kaziken“ müsse hinzukommen (ebd. 51).

Ein Leitbild für ein künftiges Spanien entstand unter den Regenerationisten von 1898 allerdings nicht. Sie waren eher Kulturkritiker und weniger Praktiker. Indirekt ging es bei ihnen u. a. um die Frage, was Spanien eigentlich darstelle und wo es seinen Platz finden solle. Darüber fand auch eine Diskussion im europäischen Ausland statt. Das Verhältnis zwischen Tradition und Moderne gestaltet sich bis weit ins 20. Jh. schwierig: „Politisierung, Militarisierung ohne kontinuierliche Integration in stabile Organisationen bleiben das Merkmal einer Gesellschaft, die aufgehört hatte, traditionell zu sein ohne deswegen schon modern zu sein“, sagte der spanische Soziologe Juan Linz, der zu einem der Wegbegleiter der Transition werden sollte, bei der Entgegennahme des Ehrendoktors der Universität Granada (Linz 1967: 38).

Die zwei Spanien

„Kleiner Spanier, der du auf die
Welt kommst: dich soll Gott behüten.
Eins der beiden Spanien wird dir
Einst das Herz gefrieren lassen.“

Antonio Machado 1917 (zit. nach Kühn 2012: 71)

Auf diese Strophe eines Gedichtes des republikanischen Dichters Machado (1875-1939) wird häufig das Konzept der zwei Spanien zurückgeführt. Demnach stünden sich seit dem 19. Jh. ein städtisch-fortschrittliches, antiklerikal-liberales, republikanisch-demokratisches Spanien und ein ländlich-konservatives, katholisch-traditionalistisches und autoritär-monarchistisches Spanien gegenüber. Den sichtbarsten Ausdruck fand dieser Gegensatz dann im spanischen Bürgerkrieg. Zuweilen war von einem Antagonismus zwischen dem fortschrittlichen Barcelona und dem konservativeren Madrid die Rede.

Vorläufer finden sich in der im 16. Jh. entstanden „schwarzen Legende“, einem negativen Spanienbild, das mit Inquisition, Katholizismus und der Gegenauflklärung verbunden war. Diese Vorstellung diente den aufsteigenden europäischen Staaten auch zur Abgrenzung von der katholischen Macht. Reiseliteraten verstärkten diesen Eindruck: Der Begriff *La España negra* wurde durch ein Reisebuch von Emile Verharen (1855-1916) geprägt, der Spanien als ein dunkles Europa beschrieb. Mitte des 20. Jhs. versuchte General Franco daraus eine Tugend zu machen und sein Land als „moralische Reserve Europas“ zu präsentieren, mit dem Satz „Spanien ist anders“ isolierte er es gegenüber dem vermeintlich unmoralischen und demokratisch-korrupten Westeuropa.

Die Gegenüberstellung von links und rechts für ein fortschrittliches bzw. ein reaktionäres Spanien beinhaltete eine Verkürzung, die sich unter dem Eindruck des Bürgerkrieges verfestigte. Vor dem Aufkommen des Lagerdenkens bestanden zwischen den Beteiligten Berührungspunkte, die wiederum aus Erneuerungsbewegungen (*regeneracionismo*) resultierten. Im Vergleich zur Generation von

98 war die weitaus weniger bekannte sogenannte Generation von 1914, der der germanophile Philosoph José Ortega y Gasset (1883-1955) und der anglophile Historiker Salvador de Madariaga (1886-1978) angehörten, erfolgreicher. Sie postulierten verkürzt zusammengefasst als Ausweg: „Spanien ist das Problem, Europa die Lösung“, so Ortega y Gasset 1914. Diese Position konnte sich allerdings erst nach dem Tod Francos 1975 unter den demokratisch gewählten Regierungen durchsetzen.

Die Figur der zwei Spanien bildet einen „negativen Gründungsmythos“ der jungen Demokratie, von dem man sich absetzen wollte. Mit der *transición* und einer konsolidierten Parteiendemokratie schien der Gegensatz überwunden zu sein. Die mangelnde Aufarbeitung der Verbrechen des Bürgerkrieges und eine Politik des Vergessens waren ein Teil davon. Zum 50. Jahrestag seines Ausbruches sagte der damalige Regierungschef Felipe González 1986: „Der Bürgerkrieg ist kein Ereignis, dessen man gedenken sollte ... Aus keinem Grund und aus keinem Anlass soll das Gespenst des Krieges und des Hasses unser Land heimsuchen, unser Bewusstsein verdunkeln und unsere Freiheit zerstören. Deshalb äußert die Regierung ihren Wunsch, dass der 50. Jahrestag des Bürgerkrieges endgültig die Wiederversöhnung der Spanier besiegle“ (zit. nach Kühn 2012: 124 f.). Da eine gemeinsame Aufarbeitung aufgeschoben wurde, stehen sich die „zwei Spanien“ als Positionen nach wie vor latent gegenüber (ebd. 298) und können in der politischen Öffentlichkeit aktiviert und instrumentalisiert werden.

Das 20. Jahrhundert

Spanien nahm weder am Ersten noch am Zweiten Weltkrieg teil. Anfang des 20. Jhs. setzte ein gesellschaftlicher und sozialer Wandel ein, in dessen Folge u. a. die Einwohnerzahl Madrids von einer halben Million im Jahr 1900 auf eine Million 1930 zunahm. Damit trat der Gegensatz zwischen Stadt und Land deutlicher hervor, allerdings lebte in den 1930er Jahren noch 46 Prozent der aktiven Bevölkerung auf dem Lande. Innenpolitisch

verschärften sich die Konflikte: Teile der Bevölkerung protestierten gegen die verlustreichen Militäraktionen in Marokko, in Barcelona kam es nach Demonstrationen gegen die Einschiffung von Reservisten für den Krieg in Marokko 1909 zu der *Semana trágica* (tragische Woche), bei der ca. 150 Menschen umkamen.

In dieser krisenhaften Situation fanden der Staatsstreich 1923 und die nachfolgende Diktatur von General Miguel Primo de Rivera (1870-1930) zunächst nicht nur die Billigung der etablierten Kräfte, denn er versprach, das alte Spanien des Kazikentums zu überwinden. In der Folgezeit setzte Primo de Rivera staatliche Programme um, trat aber nach einer Verschlechterung der Lage im Zuge der Weltwirtschaftskrise 1930 zurück. Sein ältester Sohn José Antonio Primo de Rivera (1903-36) gründete 1933 die *Falange Española*, eine antilibérale, totalitäre und in Ansätzen antikapitalistische Bewegung; er wurde 1936 gefangen genommen und von republikanischen Truppen erschossen.

Die gespannte Lage und die Unzufriedenheit der Menschen hielten an. Bei den Kommunalwahlen (!) am 12. April 1931 ergab sich eine klare republikanische Mehrheit, die in 41 von 50 Provinzhauptstädten die Mehrheit errang, während sich auf dem Land die Monarchisten durchsetzen konnten. Am 14. April 1931 wurde die Zweite Spanische Republik ausgerufen, König Alfons XIII (1886-1941) ging ins Exil, die Monarchie war vorerst beendet.

Die Geschichte der Zweiten Spanischen Republik lässt sich in drei Abschnitte unterteilen: *Bienio de reformas*, die Reformjahre unter Ministerpräsident Manuel Azaña (1931-33), *Bienio negro*, die schwarzen Jahre von 1934 bis zum Frühjahr 1936, sowie Volksfrontregierung und Bürgerkrieg (Frühjahr 1936-39) (Gimber 2012: 27). Die Äußerung von Azaña in der Verfassungsdebatte 1931 „Spanien ist kein katholisches Land mehr“ und eine insgesamt antiklerikale Ausrichtung sollten sich als voreilig und folgenreich erweisen, zumal sich die traditionellen Kräfte organisierten. Die Kirche, die Unternehmer und Grundbesitzer sowie das Militär fanden ihre politische Stimme in der *Confederación Española de Derechas Autónomas* (CEDA). Immerhin stellte die CEDA 1935

fünf Minister, was aus der Sicht der Linken zu der Bezeichnung *bienio negro* führte.

Das politische System der Zweiten Republik weist einige Besonderheiten und Dysfunktionalitäten auf, die auch deshalb bedeutungsvoll sind, weil die aktuelle Dritte Demokratie oder parlamentarische Monarchie in gewisser Hinsicht eine Reaktion darauf darstellt. Hierzu zählen: die starke Fragmentierung der politischen Landschaft, was zum Misstrauen der Bürger gegenüber der Demokratie führte, und eine Zuspitzung in religiösen Fragen durch die republikanische Regierung, obwohl sie nur eine schmale Mehrheit besaß.

1936 kam es vor den Wahlen zur Bildung einer Volksfront (*Frente Popular*). Es gewann der linke *Frente Popular* mit sehr knappem Vorsprung vor dem rechten *Frente Nacional* (Nationale Front). Nach den lange Zeit umstrittenen Zahlen erhielt die Linke 4.65 Mio., die Rechte 4.5 Mio. und die Mitte ca. eine halbe Million Stimmen (Schmidt 2013: 415). Dadurch rückte die Kommunistische Partei Spaniens (PCE) vom Außenseitertum in eine wichtige Position im Linksbündnis.

Der Bürgerkrieg 1936-39

Unmittelbar nach den für die Volksfront erfolgreichen Wahlen begannen die Vorbereitungen für einen Militärputsch, denn die konservativ-reaktionären Kräfte wollten einen Erfolg der Republik unbedingt verhindern. Die Gegenrevolution begann in Form eines *pronunciamiento* (Erhebung) um General Franco am 17. Juli 1936 in Marokko. Schnell standen sich das fortschrittlich-urbanisierte republikanische Spanien mit den Städten, dem industrialisierten Norden, der Mittelmeerküste sowie der Hauptstadt und die agrarisch geprägten rückständigen Landesteile gegenüber (Schmidt 2013: 419). Die republikanische Seite verfügte zunächst über größere Gebiete und hatte mehr Soldaten, aber die Truppen um Franco waren kampferfahrener und disziplinierter. Hinzu kam die logistische und militärische Unterstützung durch Italien und Deutschland.

Der spanische Bürgerkrieg gilt als der blutigste Bürgerkrieg in der europäischen Zwischenkriegszeit, weit vor Irland, Finnland, Griechenland und Ungarn. Er besaß darüber hinaus internationale Auswirkungen, da er als Teil der Auseinandersetzung zwischen Faschismus und Demokratie interpretiert wurde und indirekt als ein Auftakt zum Zweiten Weltkrieg galt. Besonders für die politische Linke entfaltete der Bürgerkrieg in Spanien eine enorme Bedeutung, denn in den Internationalen Brigaden kämpften Schriftsteller, Journalisten und spätere Machtinhaber, für die er ein Schlüsselerlebnis blieb. Hier seien nur Ernest Hemingway und sein Roman *For Whom the Bell Tolls* (deutsch: Wem die Stunde schlägt) von 1940 genannt, Willy Brandt mit seinen 1937 verfassten Reportagen für verschiedene norwegische Zeitungen und der spätere Chef der Staatssicherheit der DDR, Erich Mielke, der von 1936 bis 1939 unter dem Decknamen Fritz Leissner bei den Internationalen Brigaden u. a. als „Kaderoffizier“ (Politoffizier) in der 27. Division war. Er soll als Offizier der SIM (*Servicio de Investigación Militar*), der stalinistischen Geheimpolizei in Spanien, tätig gewesen sein. Die internationale Beteiligung und deren Einschätzung sind sowohl aus einer rechten wie einer linken Perspektive umstritten. Nur wenige besaßen eine so vorausschauende und gleichzeitig abgeklärte Sicht wie der Ex-Kommunist Franz Borkenau, der in seinem Augenzeugenbericht nach einer Reise 1936 festhielt: „Im politischen Sinne, fürchte ich, wird es letztendlich auf dem Schauplatz nur Verlierer, aber keinen Gewinner geben“ (Borkenau 1986: 8).

Zur bestimmenden Figur der spanischen Rechten wurde Francisco Franco (1892-1975). Nach militärischen Erfolgen in Marokko wurde er mit 33 Jahren zum jüngsten General in Europa, die Zweite Republik ernannte ihn 1935 zum Chef des Heeres. Zeit seines Lebens blieb er vor allem Militär und avancierte zu dem am längsten amtierenden Diktator in Europa. Drei Merkmale lassen sich mit Blick auf seine Person festhalten (Fusi 1985: 21): 1. Die nationalistisch-militaristische Vorstellung, dass das Heer die Inkarnation des Vaterlandes sei; 2. Die Annahme, dass der

Kolonialkrieg in Marokko, wo er mehr als zehn Jahre im Einsatz war, die 1898 verlorene Ehre Spaniens wiederhergestellt habe; 3. Die Überzeugung, dass der weitere Verlauf der Geschichte seine militärische Intervention als Retter des Vaterlandes rechtfertigen würde. Diese Merkmale tauchen auch in seinen Ansprachen auf. In seiner „Rede zur Einheit“ am 19. April in Salamanca bezeichnet er den Bürgerkrieg als Kreuzzug und spricht von einer Mission. Die göttliche Vorsehung habe ihn ausgewählt, um die nationale Revolution zur Einheit Spaniens anzuführen. Er appelliert an das ideale Spanien, proklamiert den Kampf gegen Materialismus und Bolschewismus, statt einer liberalen fordert er eine effektive Demokratie. Am Ende ist von der Größe Spaniens, dem Feuer der Waffen und dem Blut der Helden die Rede. Diese und andere Ansprachen endeten mit dem Ausruf: *Arriba España! Viva España!* (Franco 1958: 17). Franco schwebte das „Goldene Zeitalter“ des 16. Jhs. vor, er verachtete das 19. Jh. und den Liberalismus.

In seiner Armee-Einheit soll man Franco als den Offizier der „3Fs“: ohne Furcht, ohne Frauen und ohne Frömmigkeit bezeichnet haben. Franco sah sich als *Caudillo* (Anführer) von Spanien und zwar von Gottes Gnaden. Insofern diente ihm eine Art politische Theologie zur Herrschaftsbegründung. Sein Weltverständnis war schlicht. „Es beruhte auf Negativ-Prinzipien. Die Rettung Spaniens vor dem ‚Anti-Spanien‘: den Freimaurern und Liberalen, Kommunisten und Juden“ (Wittig 1988: 580 f.).² Seine später an den Tag gelegte Frömmigkeit wird eher als eine taktische Haltung interpretiert oder auf den Einfluss seiner Frau zurückgeführt.

„Der Bürgerkrieg war ein spanisches Ereignis“, hält der Historiker Fusi fest (2012: 220), allerdings beeinflussten ausländische Mächte seinen Ausgang. Nicht zuletzt die Spannungen und Gegensätze in der Mittelschicht über religiöse und soziale

2 Im Museum zum spanischen Bürgerkrieg von Salamanca findet sich ein nachgestellter Raum einer Freimaurerloge. Franco räumte den Freimaurern eine Schlüsselrolle ein, ihre Tätigkeit in Spanien und Lateinamerika wurde während seiner Herrschaft untersucht. Der Raum, der heute Bestandteil der Ausstellung ist, sollte zur Abschreckung dienen.

Fragen führten zum Ausbruch des Krieges. Die Bedeutung der internationalen Beteiligung war und bleibt kontrovers. Aus Deutschland kam 1936 die *Legión Cóndor*, d. h. zunächst einmal hundert Flugzeuge und über die Gesamtzeit des Krieges 5 000 Piloten, Techniker und Berater. Das Übersetzen der Soldaten der spanischen Nordafrika-Armee auf das spanische Festland durch deutsche Flugzeuge 1936 gilt als erste Luftbrücke der Geschichte. Italien entsandte 70 000 Soldaten, die ab Januar 1937 in die Kämpfe eingriffen. Franco erhielt insgesamt 1 200 deutsche bzw. italienische Flugzeuge und 350 Panzer. Als Diktator revanchierte er sich später mit der Blauen Division, eine Infanteriedivision aus spanischen Freiwilligen, die 1941 bis 1943 am Krieg gegen die Sowjetunion teilnahm. Die Republik bekam aus der Sowjetunion 1 300 Flugzeuge, die sie aber nicht alle einsetzen konnte, und 900 Panzer.

Es war eine rückwärtsgewandte Bewegung, „*Viva la muerte – muera la inteligencia* – Es lebe der Tod – nieder mit der Intelligenz“ rief der Franquist und Fremdenlegionär Millán Astray dem berühmten Schriftsteller Miguel de Unamuno bei einer öffentlichen Diskussion 1936 in Salamanca zu. Francos Bewegung war antimodern und antiintellektuell. Der von ihr propagierte konfessionell-autoritäre Staat stellte das Gegenbild zur verachteten Zweiten Republik dar. In dem 1959 mit Zwangsarbeitern fertig gestellten *Memorial Valle de los Caídos* (Tal der Gefallenen) in der Nähe von Madrid kommt das Selbstbild des Regimes mit seinem Nationalkatholizismus und dem Hang zu vergangener Größe zum Ausdruck. Über dem Grabmonument erhebt sich ein Gedenkkreuz von 152 Metern, damit das Höchste auf der Welt. Das Längsschiff übertrifft mit 262 Metern den Petersdom in Rom und führt zu einer Kuppel, unter der sich die Gräber von Franco und des Falange-Gründers José Antonio Primo de Rivera befinden (Collado Seidel 2015: 152 f.). An dem Denkmal versammeln sich besonders am 20. November, dem Todestag der beiden, Anhänger des alten Regimes.

Das „Tal der Gefallenen“ wurde Anfang des 21. Jhs. unter der Regierung Zapatero mit Blick auf eine größere geschichtliche

Objektivität ansatzweise modernisiert, es sollte eigentlich zu einer Gedenkstätte für alle Gefallenen ausgebaut werden, wovon allerdings keine Rede sein kann. Das demokratische Spanien sei dort unsichtbar, schrieb der Journalist und Schriftsteller Paul Ingendaay anlässlich des vierzigsten Todestages des Diktators (FAZ 19.11.2015).

Das Franco-Regime

Francos Regime durchlief mehrere Phasen: 1. Ein falangistisch-„totalitärer“ Beginn, auf den eine national-katholische Epoche der Institutionalisierung folgte (1939-57); 2. Die Vorherrschaft der Technokratie und der Entwicklungsplaner (1959-69) mit hohem wirtschaftlichem Wachstum vor allem zwischen 1960-67; 3. 1969-75 die Endphase des Regimes, das sich nach der Ermordung von General Luis Carrero Blanco durch die ETA 1973 empfindlich geschwächt sah, gleichwohl bis zum Tod Francos anhielt (Schmidt 2013: 444 f.).

Der *Caudillo* (Anführer) habe auch deshalb so lange herrschen können, da er nach der Anfangsphase zumeist reagiert und seltener agiert habe, wobei er eine Fähigkeit zur geschickten Vorsicht entwickelte (*habilprudencia*) (Dahms 1972: 93). Franco misstraute der Falange, die vorübergehend auf fast eine Million Mitglieder anwuchs, und ging nach der Anfangsphase auf Distanz. Das Regime verzichtete auf eine Verfassung, es begnügte sich damit, im Laufe der Jahre verschiedene sog. Grundgesetze zu erlassen. Eine gewisse Anpassungsfähigkeit zeigte sich auch in seiner späteren Politik wirtschaftlicher Modernisierung, die er in den 1960er Jahren vorantrieb. In den Ministerratssitzungen herrschte allerdings quasi militärische Disziplin, sie zogen sich über Stunden hinweg. Franco bildete das Kabinett während seiner Diktatur neunzehn Mal um und ernannte insgesamt 124 Minister (Collado Seidel 2015: 188 f.).

Zeit seines Lebens behauptete Franco, dass er das Land vor dem Ruin gerettet und befriedet habe. Zur Zahl der Toten liegen unterschiedliche Angaben vor: „Eine Million Tote“ sei das Resultat

des Bürgerkrieges gewesen. In dem vielgelesenen Roman von José María Gironella wurden die Zahlen überhöht, der Autor geht in seinem Vorwort selbst von 500 000 Toten aus (Gironella 1961: 14). Historiker wie Gabriel Jackson sprechen von 580 000 Toten (zit. nach Encarnación 2008: 24). Folgenreich war die franquistische Repression nach dem Ende des Bürgerkrieges. Allein zwischen 1939 und 1945 wurden 50 000 Menschen hingerichtet. Die Nachwirkungen setzen sich bis in die Gegenwart fort.

Die PSOE ging geschwächt aus dem Bürgerkrieg hervor und konzentrierte sich zunächst auf die Arbeit im Exil. Wesentlich stärker waren die Kommunisten mit der PCE im Lande und damit im Widerstand vertreten; die Partei, die bis 1977 illegal war, kam bei Francos Tod auf die erstaunlich hohe Zahl von 35 000 Mitgliedern.

Bis in die Gegenwart bestehen Kontroversen über die Bezeichnung des Franco-Regimes. Das *Diccionario de la lengua española* (DRAE) bezeichnet den Franquismus in seiner 22. Ausgabe von 2012 als „politische und soziale Bewegung mit einem totalitären Charakter, die in Spanien während des Bürgerkrieges 1936-1939 um den General Franco entstand ...“. Darüber kam es zu einer heftigen Debatte außer- und wohl dann auch innerhalb der Akademie. Die Version 2014 spricht dann von „einer Diktatur totalitären Charakters, die in Spanien von dem General Franco eingeführt wurde“ (EP 3.11.2014).

Welche Gruppen stützten das Regime? Die 1928 gegründete katholische Laienorganisation *Opus Dei* (Gotteswerk) gewann seit der Regierungsumbildung 1957, als 12 von 18 Ministern ausgewechselt wurden, immer mehr Einfluss, ihre Mitglieder übernahmen zahlreiche Ministerämter. Auf diese Entwicklungsplaner und Technokraten werden das „spanische Wirtschaftswunder“ und eine „konservativ-autoritäre Modernisierung“ zurückgeführt, die u. a. auf eine Öffnung des vorher durch die Pyrenäen abgeschotteten Landes gegenüber dem Tourismus hinauslief. Gemeinsam mit den Erfahrungen spanischer „Gastarbeiter“ in europäischen Ländern, die mit neuen Eindrücken und Kennt-

nissen nach Hause zurückkehrten, eröffnete dies die Möglichkeit für innenpolitische Veränderungen. Das schnelle Wachstum über fast 15 Jahre hinweg sollte Widersprüche innerhalb der regimetreuen „Familien“ hervorrufen, denn im *Movimiento* waren Monarchisten, Militärs, der höhere Klerus, Falangisten und Technokraten versammelt. Das Wirtschaftswachstum hatte auch negative Begleiterscheinungen, z. B. wurde die Landwirtschaft zugunsten der neuen Entwicklungspole vernachlässigt.

Mit der internationalen Ölkrise 1974 begann sich die wirtschaftliche Lage zu verschlechtern, gleichzeitig nahm die Bedeutung des baskischen Terrorismus zu. Die Ermordung von Carrero Blanco Ende 1973 durch ein spektakuläres Attentat der Terrororganisation ETA verkürzte die Diskussion um die Franco-Nachfolge erheblich, denn nach dem Tod des Regierungschefs, sozusagen der rechten Hand des erkrankten Diktators, geriet die politische Landschaft in Bewegung. Hinzu kamen der Zusammenbruch des Obristen-Regimes in Griechenland sowie die sog. Nelkenrevolution am 25. April 1974 im Nachbarland Portugal, beides hatte Rückwirkungen auf das Franco-Regime.

Wie sind die ökonomischen Wirkungen des Regimes einzuschätzen? Spanien war ein Nachzügler im europäischen Modernisierungsprozess, der entscheidende Schub setzte erst in den 1960er Jahren ein. Während im 19. Jh. der zuweilen recht fortschrittliche politische Wandel nicht von wirtschaftlichen Veränderungen begleitet wurde, war es im 20. Jh. umgekehrt. „Der Franquismus lässt sich demnach unter der begrifflichen Trias der wirtschaftlichen Entwicklung, des sozialen Wandels und der politischen Stagnation erfassen“ (Bernecker 1984: 416).

Die Frage, wie es nach dem Tod des Caudillo weitergehen sollte, beschäftigte vor allem die Protagonisten des Regimes: „*Después de Franco – las instituciones* ... Nach Franco – die Institutionen“. Ansonsten pflegte man den Alleinherrscher selbst zu zitieren, der verkündet hatte: „*Todo está atado y bien atado* – Alles ist gut und sicher festgebunden“. Franco glaubte wohl, dass sein konstruiertes System einer „Monarchie ohne König“ nach seinem Ableben nun

mit einem richtigen Monarchen an der Spitze weiterfunktionieren könne. Schon am 22. Juli 1969 hatte Franco Juan Carlos als seinen Nachfolger als Staatsoberhaupt eingesetzt, einen Tag später wurde er in den *Cortes* als „Prinz von Spanien“ vereidigt, die Eidesformel beinhaltete „Treue gegenüber den grundlegenden Prinzipien der Nationalen Bewegung sowie gegenüber den anderen Grundgesetzen des Staates“ (Schad 2014: 78 f.).

Die Transition 1975-82

Zwei Tage nach dem Tod Francos trat diese Nachfolgeregelung in Kraft; am 22. November 1975 wurde er als Juan Carlos I. mit 37 Jahren zum König von Spanien und somit zum Staatsoberhaupt (*Presidente del Estado*) proklamiert. Zu diesem Zeitpunkt war der Bourbonne mächtiger als jeder andere Monarch in Europa und besaß weitreichende Kompetenzen, die er jedoch sukzessive abgab. Die republikanische Opposition erwartete wenig von dem neuen König, den sie als Hanswurst (*pelele*) und *Juan, el breve* (der Kurze) veralberten, schließlich galt er bis dahin als loyaler Vertrauter des verstorbenen Caudillo. Indessen sollte der Monarch eine erstaunliche Fähigkeit bei dem Ausgleich und der Kooperation zwischen den Eliten an den Tag legen.

Der König förderte geschickt den Umbau des Regimes. Er besaß die Unterstützung des Auslandes und der USA, in den folgenden Jahren gewann er die Herzen der Bürger. Auf sein Betreiben übernahm 1976 der politisch aus dem Franquismus stammende Adolfo Suárez (1932-2014) die Regierung (*Presidente del Gobierno*); er war sowohl für den sog. *Búnker*, d. h. den harten Kern des Franco-Anhänger, akzeptabel als auch für die Mehrheit der Bevölkerung, darüber hinaus verstand er sich glänzend mit dem König.

Suárez war damals 44 Jahre alt, der König selbst 37 – die Transition war auch ein Generationswechsel. Denn eine der größten Herausforderungen für Suárez bestand darin, die Opposition davon zu überzeugen, an der Demokratisierung der franquistischen Legalität mitzuwirken und mit ihnen über Ausmaß und

Tempo des Überganges zu verhandeln (Preston 1987: 107 f.). Noch 1976 wurde das „Gesetz über die politische Reform“ verabschiedet, was den Wandel des alten Ständeparlaments zu einem gewählten Zweikammerparlament einleitete.

1978 traten die *Pactos de la Moncloa* in Kraft, eine Art Rahmenabkommen zur Stabilisierung der schwierigen Wirtschaftslage und zum Ausgleich zwischen unterschiedlichen Gruppen. Als ein ideales Instrument in der Transition erwies sich die 1977 gegründete Union des Demokratischen Zentrums (*Unión de Centro Democrático*, UCD) um den amtierenden Regierungschef Suárez, ein Zusammenschluss von zwölf Parteien der (rechten) Mitte.

Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung vom 15.6.1977 erreichte sie 34,5 Prozent der Stimmen; sie blieb bis 1982 Regierungspartei. Viele franquistische Kader wurden in die Wahllisten aufgenommen und konnten dadurch teilweise ihre Machtposition sichern. Doch waren die UCD-Mitglieder „nicht durch Ideologie miteinander verbunden, sondern durch die Zufälligkeit des gleichen Reiseziels“ (Preston 1987: 125), was später das schnelle Auseinanderfallen der Partei erklären kann.

Die Transition beruhte gerade in der Anfangsphase auf einer Politik der Mäßigung und Selbstaufgabe politischer Positionen der Linken und der Franquisten. Deshalb standen die konsensorientierten Aspekte bei der Verfassung von 1978 im Vordergrund. Konfliktreiche Fragen – wie die der autonomen Regionen – wurden verschoben bzw. vorläufig ausgeklammert, was später zu Problemen führen sollte. Paul Preston hat für diese Phase den treffenden Titel gefunden: „Die Errichtung einer neuen Welt mit den Steinen der alten: der demokratische Pakt 1977-79“ (Preston 1987: 134). Anderen galt Suárez hingegen als „trojanisches Pferd in der franquistischen Zitadelle“ (Trabert 1985: 306). Colomer sprach – wie damals viele – sogar von einem „spanischen Modell“ und nannte zehn Merkmale: ein ausgeglichenes Kräfteverhältnis bei ihrem Beginn 1975, die abschreckende Erinnerung an den Bürgerkrieg, die Schwächung maximalistischer Positionen, eine Spaltung der Eliten, die Zukunftsorientierung, ein politisch-

ideologischer Pluralismus, verhandelte Reformen, paktierter Bruch, nationale Versöhnung und eine Demokratie mit zwei starken Parteien. Wichtig war auch, dass die ETA, das Militär und weit rechts stehende Gruppen zunehmend isoliert werden konnten. Allerdings habe der paktierte Übergang mittelfristig Nachteile: „Die Stärken der Transition haben sich in die Laster (*vicios*) der Demokratie verwandelt“ (Colomer 1998: 181).

Während in den 1930er Jahren in Spanien die Demokratie durch einen Bürgerkrieg zerstört worden war, gelang nun ein weitgehend friedlicher Wandel. Das Wiederaufleben der beiden Spanien – worauf u. a. ein Spiegel-Titel (41/1975) mit der Suggestivfrage „Bürgerkrieg in Spanien?“ anspielte – fand nicht statt. Allerdings gab es zwischen 1975 und 1980 insgesamt 460 Tote, sodass nach Ansicht des Historikers Javier Tusell, die Frage „Reform oder Bruch“ ohnehin falsch gestellt sei (Tusell 2007: 713).

In der Endphase der Regierung von Suárez trat eine Ernüchterung bzw. Entzauberung (*desencanto*) in der Bevölkerung ein. Die negative wirtschaftliche Entwicklung dürfte dafür mitverantwortlich gewesen sein und das schwer durchschaubare System unterschiedlichster Pakte und persönlicher Zusagen, die Suárez nicht selten in verrauchten Hinterzimmern herbeiführte. Auf vielen Bildern sieht man ihn, aber auch González mit Zigarette, was ein Zeichen der Anspannung gewesen sein mag.³

Das Scheitern des Tejero-Putsches 1981 (s. S. 34), nicht zuletzt durch den eindeutigen Auftritt des Königs mit der Uniform des Oberkommandierenden im Fernsehen zugunsten der Demokratie, führte dann aber zu einer Gegenbewegung mit Demonstrationen von insgesamt drei Mio. Menschen am 27. Februar 1981. Insofern verwies der erfolglose Putsch bereits auf das Ende der Transition, der Wahlsieg von Felipe González von der PSOE 1982 deutete dann auf eine Konsolidierung der Demokratie hin. Der Beitritt zur NATO 1982 war ein weiteres

3 Vgl. dazu den bebilderten Bericht über die 1970er und frühen 1980er Jahre von Juan Eslava Galán: *La década que nos dejó sin aliento*, Barcelona 2011. Eine deutsche Übersetzung könnte lauten: „Die Dekade, die uns atemlos ließ.“